

ANFRAGE von Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden) und Sibylle Marti (SP, Zürich)

betreffend #stayathome darf nicht zum Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Kinder führen

Die Bundes- und Kantonsbehörden empfehlen dringend, soziale Distanz einzuhalten und die Wohnungen möglichst nicht zu verlassen. Dies ist unabdingbar, um die Verbreitung von COVID-19 zu verlangsamen, und somit verletzlichere Menschen vor der Ansteckung zu schützen und es unserem Gesundheitswesen zu ermöglichen, Erkrankte weiterhin angemessen zu behandeln. Gleichzeitig deuten Erfahrungen in China und Italien darauf hin, dass häusliche Gewalt in dieser Situation zunimmt. Es muss aber unbedingt verhindert werden, dass #stayathome für diejenigen Frauen und Kinder, welche Gewalt ausgesetzt sind, eine noch unerträglichere Situation bedeutet.

Die Anfragestellerinnen bitten den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche zusätzlichen Massnahmen trifft der Regierungsrat, um Engpässe in der Versorgung der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder zu verhindern?
2. Was für zusätzliche Massnahmen werden speziell für Kinder und Jugendliche getroffen, die nun durch die Schulschliessungen vermehrt von Gewalt zuhause betroffen sind? Stehen genügend Plätze für Notplatzierungen von Kindern und Jugendlichen bereit?
3. Wie wird sichergestellt, dass Betroffene niederschwellig (z.B. Chats, Online-Angebote) Unterstützung erhalten und die entsprechenden Anlaufstellen bekannt sind?

Michèle Dünki-Bättig
Sibylle Marti